Ä76 (Projekt) Massentierhaltung überwinden: Tiere schützen

Antragsteller*in: KV Brandenburg an der Havel
Beschlussdatum: 06.11.2018

Änderungsantrag zu 1.1-A

Von Zeile 1 bis 2:
~~Wir~~Der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung - im Land Brandenburg waren es 2017 ca. 45.000,00 Kilogramm - muß reduziert werden, weil dadurch die Entstehung multiresistenter Keime gefördert wird. An solchen Keimen sterben in der EU jährlich tausende von Menschen. Schaffen kann man dies durch einen Kurswechsel in der Tierhaltung. Deshalb wollen wir ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb auch sicher stellen. Wir wollen eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientiert. Den Brandschutz wollen wir stärken, so dass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist. Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Insbesondere die Freinlandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen wollen wir fördern. Hierzu wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen.